



Beschlussvorlage		Vorlage-Nr: VO/2017/193
Federführend: FB 4 Soziales, Arbeit und Gesundheit		Status: öffentlich
		Datum: 01.06.2017
		Ansprechpartner/in: Schröder, Max-Detlef
		Bearbeiter/in: Schliszio, Katrin
Mitwirkend:	öffentliche Beschlussvorlage	
Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über Rechte von Menschen von Behinderungen in Schleswig-Holstein		
Beratungsfolge:		
Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Sozial- und Gesundheitsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Auf Vorschlag des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen des Kreises Rendsburg-Eckernförde beschließt der Sozial- und Gesundheitsausschuss die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Klärung von Handlungsfeldern aus dem Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über Rechte von Menschen mit Behinderungen in Schleswig-Holstein.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: Entfällt

2. Sachverhalt:

Der Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Land Schleswig-Holstein wurde im Januar 2017 von der Landesregierung beschlossen. Die Landesregierung hat sich auf folgende zehn Handlungsfelder verständigt, die für die Lebenswirklichkeit von Menschen mit Behinderungen zentrale Bedeutung haben und die wesentlichen Inhalte der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen repräsentieren.

Handlungsfeld Nr. 1	Bewusstseinsbildung
Handlungsfeld Nr. 2	Bildung
Handlungsfeld Nr. 3	Arbeit und Beschäftigung
Handlungsfeld Nr. 4	Unabhängige Lebensführung, Bauen und Wohnen
Handlungsfeld Nr. 5	Kultur, Sport und Freizeit
Handlungsfeld Nr. 6	Gesundheit und Pflege
Handlungsfeld Nr. 7	Schutz der Persönlichkeitsrechte
Handlungsfeld Nr. 8	Partizipation und Interessenvertretung
Handlungsfeld Nr. 9	Mobilität und Barrierefreiheit
Handlungsfeld Nr. 10	Barrierefreie Kommunikation und Information

Seitens des Kreises sollen im Rahmen seiner Möglichkeiten Punkte für einen Beitrag zur UN-Konvention identifiziert werden. In einer Arbeitsgruppe werden Handlungsfelder für die Beteiligung zur Erfüllung der UN-Konvention erarbeitet.

Vorschlag zur Besetzung der Arbeitsgruppe:

Neben dem Beauftragten für Menschen mit Behinderungen des Kreises Rendsburg-Eckernförde je ein Mitglied der im Kreistag vertretenen Parteien sowie zwei Mitglieder der Verwaltung.

Anlage: Landesaktionsplan 2017